

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beitragende Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Ziehungslisten der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landeskulturrentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundbesitzliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

1913.

Nr. 115.

Donnerstag, 22. Mai

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.
Erscheinung: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der Bundesrat hielt gestern eine Sitzung ab.

Das gestrandete deutsche Torpedoboot „V 3“ ist gestern wieder flott geworden.

Der serbische Delegierte Rowakowitsch hat Sir Edward Grey die Abänderungsvorschläge der Verbündeten zu dem Präliminarfriedensentwurf vorgelegt.

Die Soldatenkundgebungen in Frankreich gegen die Zurückhaltung der Jahresklasse 1910 dauern trotz den angedrohten scharfen Strafmaßnahmen an.

Amthlicher Teil.

Ministerium des königlichen Hauses.

Dresden, 22. Mai. Se. Majestät der König sind von Hamburg heute früh 8 Uhr 5 Min. hierher zurückgekehrt.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, Allerhöchstherrn Konsul für Hamburg E. Frege auf Ansuchen seines Amtes zu entbinden und an dessen Stelle den Mitinhaber des Bankhauses Schröder Gebr. & Co. Rudolf Pelzer zum Konsul zu ernennen.

Herr Amtshauptmann Geheimen Regierungsrat v. Erdmannsdorff in Ramenz ist vom 8. Juni bis mit 2. August d. J. beurlaubt. Er wird während dieser Zeit durch Herrn Regierungsrat Dr. v. Zimmermann vertreten. 121 a D. R. 3693

Der Kreishauptmann.

Öffentliche Sitzung des Kreisratschusses
Freitag, den 30. Mai 1913,
vormittags 12 Uhr,

im Sitzungssaale der königlichen Kreishauptmannschaft, Schloßstraße Nr. 34/36, II. Gesch.

Die Tagesordnung hängt im II. Gesch. des Dienstgebäudes zur Einsicht aus. 858 I

Dresden, den 19. Mai 1913. 3690

Königliche Kreishauptmannschaft.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom königlichen Hofe.

Dresden, 22. Mai. Se. Majestät der König wohnte mit Ihren königlichen Hoheiten den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses am heutigen Fronleichnamsfeste dem Vormittagsgottesdienste in der katholischen Hofkirche bei.

Nach dem Gottesdienste nahm Allerhöchstdieselbe im königlichen Residenzschloße militärische Meldungen entgegen und empfing anschließend die Hofdepartementschefs zum Vortrag.

Darauf besichtigte Se. Majestät der König das neu-erbaute Restaurant „Italienisches Dörschen“ am Theaterplatz und kehrte dann nach Wachwitz zurück.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

* Im 4. Stück dieses Verordnungsblattes veröffentlicht das Evangelisch-lutherische Landesconsistorium eine Verordnung auf Ein Sammlung einer allgemeinen Kirchenrolle für den Kirchenbau in Ober-Sachsen. — Eine weitere Verordnung betrifft die kirchliche Feier des Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers, wonach am Sonntag, den 15. Juni, von den Geistlichen in der Predigt auf die Bedeutung dieses Tages in geeigneter Weise hinzuweisen und in das allgemeine Kirchengebet nach den Worten: „Segne Kaiser und Reich“ ein besonders vorgeschriebenes Gebet einzuschalten ist. — Es folgen die Mitteilungen über die im Jahre 1912 abgehaltenen 25 Diözesanversammlungen, von denen die in Großschönheim im Anschluß an die Kirchenvisitation in der Ephoralstadt unter Leitung Sr. Magnificenz des Oberhofpredigers D. Dr. Dibelius

stattgefunden hat. Die Mitteilungen bieten eine interessante Übersicht über die reichhaltigen Beratungsgegenstände und lassen erkennen, welche Fragen vor allem im Vordergrund der kirchlichen Gemeindegemeinschaft stehen. Aus ihnen seien nur hervorgehoben die Verhandlungen über die Beschlässe der letzten Synode, über Handwerkervereinigungen, über kirchliche Liebesarbeit, Fürsorge der Straftatverurteilten, Pflege in der Diaspora etc. Auf den Versammlungen sind insgesamt 86 Ansprachen, Vorträge und Berichte gehalten worden. Sie waren von 1067 Geistlichen, 2042 Laien und 288 Ehrenämtern, also von 3497 Personen besucht. — Weitere Mitteilungen betreffen Personalveränderungen im Landesconsistorium, die neue Handkarte von Palästina, die von Konsistorialsekretär Kraut herausgegebene kommentierte Handausgabe der geistlichen Vorschriften über die Pensionverhältnisse der evangelisch-lutherischen Geistlichen und ihrer Hinterlassenen sowie die Disziplinarordnung für die evangelisch-lutherische Kirche im Königreich Sachsen, die Schrift „Kirche und Presse. 50 Leitfäden aus der Arbeit für die Arbeit. Von E. Sevierczewski und W. Start“. Preis 60 Pf. etc.

Deutsches Reich.

Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 21. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde über die Neubildung des Völkerausschusses für eine weitere fünfjährige Wahlperiode Beschluß gefaßt. Zur Annahme gelangten die Vorlage betreffend Änderung der Zudersteuer-Ausführungsbestimmungen, die Vorlage betreffend die Verlegung der Zollgrenze am Fischereihafen in Westmünde, die Vorlage betreffend Ausführung der §§ 366, 367 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung, der Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Gesetzes über den Unterhaltungswohnort im Königreich Bayern und die Vorlage betreffend das Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts vom 23. Juli 1912 nebst der zugehörigen einheitlichen Wechselordnung.

Reichstag.

Die Heeresvorlage in der Budgetkommission.

Berlin, 21. Mai. In Fortsetzung der Beratung über den Antrag der Sozialdemokraten auf Abschaffung des Gardekörps und sonstiger Elitetruppen erklärte ein fortschrittlicher Redner dem Kriegsminister, es sei ein bedauerlicher Standpunkt, wenn man lieber an den Traditionen festhalten als die Heeresvermehrung annehmen wolle. Er gab zu, daß die Verhältnisse sich gebessert hätten. Aber die Mißstände seien doch so stark, daß der Kaiser selbst vergebens dagegen anzukämpfen versucht habe. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter bezeichnete die ganze Vorlage als unnötig, wenn sie an der Frage der Aufrechterhaltung oder Abschaffung von Privilegien scheitern könne. Der Kriegsminister erklärte, der Antrag der Sozialdemokraten treffe nicht allein das Gardekörps, sondern auch andere Regimenter in der Armee, für welche die Tradition von Wert sei. Ein anderer sozialdemokratischer Redner erklärte, seine Partei werde die Ausführungen des Kriegsministers ausschlagen, und zwar in dem Sinne, daß der Minister die Aufrechterhaltung der Garde für wichtiger halte als die Verstärkung des Heeres. Der Kriegsminister vertat demgegenüber seine geäußerte Auffassung, und wandte sich gegen die Verdrehung der von ihm ausgesprochenen Ansichten. Ein fortschrittlicher Abgeordneter sprach sein Bedauern über die Äußerungen des Ministers aus. Aus der Tradition werde leicht Repetismus, der überall bekämpft werden müsse. Ein Zentrumsredner führte aus, der vorliegende sozialdemokratische Antrag sei gar nicht reif, Gesetz zu werden. Alle Bestimmungen des Reichsmilitärgesetzes und der Wehrordnung würden durch den Antrag aufgehoben. Ein konservativer Abgeordneter protestierte gegen die erfolgte Interpretation der Worte des Kriegsministers. Der unbesangene Zuhörer wies dem Minister zustimmen, zumal nach der von ihm gegebenen Erklärung. Ein nationalliberaler Redner wandte sich ebenfalls gegen die falsche Deutung, die in die Worte des Ministers hineingelegt worden sei. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, der Zweck seines Antrags sei, den Artikel 63 aufzuheben und die Einheitlichkeit der Armee herzustellen.

Die Budgetkommission des Reichstages lehnte schließlich in der Abstimmung den sozialdemokratischen Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Elsäßer ab. Die fortschrittliche Resolution wurde mit demselben Stimmenverhältnisse ebenfalls abgelehnt. Die nationalliberale Resolution, die den Reichskanzler ersucht, der Entwicklung der Armee entgegenzuwirken, die in wachsendem Maße zu Regimenter mit ausschließlich oder überwiegend abligem Offizierkorps geführt habe, wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Die Hochzeitsfeierlichkeiten am Kaiserhofe.

Das englische Königspaar in Berlin.

Berlin, 21. Mai. In den Prunkräumen der ersten Etage des Schlosses fand nach dem Eintreffen des englischen Königspaares Empfang statt. Die Schloßgardekompagnie und die Ehrenwache der Garde du Corps hatten die Ehrenposten gestellt. Während des Einzuges führte das Zeppelinluftschiff „Hansa“ Schleifenfahrten über dem Lustgarten aus.

Um 1 Uhr war Familien-Frühstückstafel. Bei dieser saß der König zwischen der Kaiserin und der Kronprinzessin, gegenüber die Königin zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen; rechts von der Kaiserin saß das hohe Brautpaar. Gleichzeitig war Marschallstafel im Elisabethsaal, an der die Geyolge und der Ehrendienst teilnahmen.

Am Nachmittag unternahm das englische Königspaar im Anschluß an einen Besuch beim Kronprinzenpaar und anderen Mitgliedern des Kaiserhauses eine längere Automobilfahrt nach den Havelseen. Morgen werden die englischen Majestäten dem Rennen auf der Grunewaldbahn beiwohnen.

Abends um 8 Uhr war Abendstafel bei Ihren Majestäten im Elisabethsaal. Der König von England führte die Kaiserin zu Tisch, der Kaiser die Königin, Prinz Ernst August die Prinzessin Viktoria Luise.

Anderer fürstliche Hochzeitsgäste.

Berlin, 21. Mai. In den Hochzeitsfeierlichkeiten trafen im Laufe des heutigen Abends ferner ein: Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, sowie der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen.

Kopenhagen, 22. Mai. Prinz Waldemar von Dänemark ist mit seinen Söhnen, den Prinzen Tage und Axel, gestern abend zu den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Berlin abgereist, wo die Herrschaften heute früh eintrafen.

Berlin, 22. Mai. Die Großherzogin Luise von Baden traf heute vormittag 9 Uhr 5 Min. hier ein. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, die Prinzessinnen Titel Friedrich und August Wilhelm, sowie Prinz Adalbert waren zur Begrüßung erschienen. Mit dem gleichen Zuge trafen der Fürst und die Prinzessin Auguste Viktoria von Hohenzollern, ferner Prinz und Prinzessin Max von Baden ein.

Um 10 Uhr 10 Min. trafen der Herzog von Cumberland, seine Gemahlin und Prinzessin Olga ein. Auf dem Bahnhofe stellte das erste Garderegiment zu Fuß die Ehrenkompanie; die Geleitsabron stellte das Gardelärassierregiment. Zum Empfang waren wiederum Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, sowie zahlreiche Würdenträger der Staats- und Militärbehörden anwesend. Nach herzlichem Begrüßung begaben sich die Fürstlichkeiten im Gelanwagen unter lebhaften Ovationen des Publikums nach dem königlichen Schloß.

Kiel, 22. Mai. Prinz und Prinzessin Heinrich sind mit ihren Söhnen, den Prinzen Waldemar und Sigismund, nach Berlin abgereist.

Prinz Heinrich von Bayern ist heute vormittag 1/2 9 Uhr hier eingetroffen, wo er vom Prinzen Oskar von Preußen empfangen wurde.

Am Balkan.

Auf dem Wege zum Frieden.

Die Abänderungswünsche der Verbündeten.

London, 21. Mai. (Neuermeldung.) Der serbische Delegierte Rowakowitsch hat dem Staatssekretär Grey die Änderungen, welche die Verbündeten für den Entwurf der Friedensbedingungen in Vorschlag bringen, heute abend mitgeteilt. Die Verbündeten schlagen u. a. vor, daß alle Verträge, die vor dem Kriege in Kraft waren, gleich nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien wieder in Wirksamkeit treten und in Kraft bleiben sollen, bis sie durch Abkommen ersetzt werden, die einen Teil des endgültigen Friedensvertrags bilden. Ein weiterer Paragraph betreffend einen Ausgang nach der See für Serbien und eine Eisenbahn durch Albanien wird unnötig sein, falls von allen Mächten in dieser Hinsicht befriedigende Zusicherungen gegeben würden. Weiter wünschten die Verbündeten eine genauere Bestimmung der Funktion der Pariser Finanzkommission. Die Verbündeten